

Die BRD Lüge

Ungültige Gesetze in der BRD



Deutsche Flagge - richtig rum

Auf der Deutschlandfahne ist oben Gold,
weil wir die Freiheit haben so gewollt,
weil wir wollen das Licht der Sonne sehn,
weil wir in Frieden wollen zu einander stehn.

In der Mitte rot wie das eigene Blut,
welches pulsiert in jedem Herzen gut,
auch rot wie die Liebe und Leidenschaft
oder wie des Feuers leuchtende Kraft.

Unten schwarz wie die fruchtbare Erde
auf welcher nicht nur weidet die Herde,
in welcher auch gesät wird und gepflanzt,
auf welcher wir uns bewegen und getanzt.

Inhalt des Büchleins

- **Die BRD ist ein Verwaltungskonstrukt der Alliierten.**
- **Der Bundestag ist eine Firma.**
- **Wir sind immer noch ein besetztes Land!**
- **Keiner von uns hat Eigentum in Form von Haus und Hof!**
- **Das Grundgesetz ist schon lange abgeschafft.**
- **Strafzettel, „Knöllchen“ und Punkte sind seit 2007 ungültig!**
- **Es gibt keine rechtliche Grundlage für die Steuern.**
- **Berlin, das Saarland und die „neuen Bundesländer gehören nicht zur BRD usw.**

Stellt sich doch die Frage:



**Was gilt überhaupt noch in dieser nicht
mehr existierenden BRD**

**Ganz wenig,
um es mit einem Satz zu sagen.**

Vorwort:

Dieses Büchlein ist in jahrlanger, gemeinsamer Arbeit vieler, aufgeschlossener Menschen entstanden. Als wir erstmals von ungültigen Gesetzen in der BRD erfahren und alles ausführlich geprüft hatten, waren wir erst einmal geschockt und dann machte sich grenzenlose Enttäuschung breit. Werden doch jeden Tag diese ungültigen Gesetze zum Nachteil von uns Bürgern in der BRD angewandt. Auch wir haben Jahre lang an unser demokratisches System und an die Gerechtigkeit geglaubt um dann festzustellen, dass wir von Richtern, Staatsanwälten, Anwälten, Steuerberatern, der Polizei, unseren Lehrern und der Presse getäuscht und belogen wurden, vor allem von denjenigen die wir durch Abgabe der Stimme gewählt haben und heute durch uns in hohen Positionen sitzen. Alle „dort oben“ kennen und wissen um die Zusammenhänge, wagen aber nicht die Wahrheit zu sagen, weil sie selbst in diesem verlogenen System ihre Brötchen verdienen. Nur wenige äußern sich - meist nach der Pensionierung. Richter a.D., Polizisten und Staatsanwälte a.D. schämen sich nach einem langen verlogenen Leben so gehandelt zu haben und packen in vielen Videos auf YouTube aus. Das gesamte System der BRD ist verlogen und korrupt. Es gibt keine unabhängige Justiz, keine unabhängige Presse und keine Gerechtigkeit. Rechtsbeugung im Amt wird in Deutschland nicht mal mehr verfolgt. Ganz langsam wacht der „Deutsche Michel“ auf und hinterfragt die Zusammenhänge. Das sollten eigentlich alle tun, auch die, denen das Gehirn u.a. durch Tagesschau, Bild, Dschungel Camp, DSDS, Alexander Holdt, Barbara Salesch, Calvas, Verklag mich doch, Toto und Harry, die beiden Polizisten zum „anfassen“, völlig verklebt worden ist und die immer noch meinen „Das glaube ich alles nicht“.

Im „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“ steht in Art. 20: (1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. (2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt. Rechtsprechungen sind an Gesetz und Recht gebunden. Und besonders zu beachten: **(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist. In Art. 146 GG steht auch:** „Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine **Gültigkeit an dem Tage**, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist“.

Wozu haben wir Augen, Ohren, ein Gewissen, ein Gerechtigkeitsgefühl und eine exakte Sprache. Nutzen wir unsere Fähigkeiten - Denken hilft. Es wird sich nichts von selber ändern, wir müssen schon etwas tun. „Die Hoffnung stirbt zuletzt“, war ein bekannter NDR Fernsehfilm aus dem Jahre 2002.

Einführung:

Jeder von uns wurde schon mal von denen da „Oben“ ungerecht behandelt, sei es durch ein Knöllchen, einen ungerechten Gerichtsentscheid oder eine Abfuhr bei einem Amt. Hast Du was ändern können? Nein? Dann hattest Du zu wenig Information über das, was richtig und das, was falsch ist. „Wer keine Ahnung hat muss zahlen“ oder „Nur die dummen Kühe wählen ihren Metzger selber“. Besonders freue ich mich darüber, dass Du noch neugierig bist und mehr wissen willst, sonst hättest Du ja dieses Büchlein nicht in der Hand. Du gehörst übrigens zu den wenigen Menschen die sich nicht mehr länger ver lassen wollen. Mach Dich auf einiges gefasst, denn ich es wird Dir die Augen öffnen. Doch sei kritisch und überprüfe alle Ausführungen durch eigene Recherche im Internet selbst.

Ist Dir auch schon aufgefallen: Heute entscheiden unsere Politdarsteller so und morgen so. Keiner weiß wirklich, was noch gilt. Sie stecken sich immer mehr Diäten in die Tasche und wenn man die Volkszertreter mal braucht - nur heiße Luft? US-Angi sagt dazu: „Keiner kann davon ausgehen, dass, was vor den Wahlen versprochen worden ist, nach den Wahlen noch Gültigkeit hat“, oder mit den Worten von Horst Seehofer: „Die, die entscheiden, sind nicht gewählt und diejenigen die gewählt wurden, haben nichts zu entscheiden. Schwamm drüber, wir können es sowieso nicht ändern, das sagen allerdings nur die Menschen, die schon lange resigniert haben. „Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom“. Zu welcher Sorte von Menschen möchtest Du zukünftig gehören? Zu den Gewinnern oder zu denjenigen, auf denen immer weiter herumgetrampelt wird?

Unsere Politiker wissen sehr genau welche Gesetze noch gelten und welche nicht. Doch es wird einfach weiter gemacht als ob alles in Ordnung ist. Das Deutsche Volk wird durch „Brot und Spiele“ mittels Fernsehen eingelullt und absichtlich dumm gehalten. Strafzettel jeden Tag und das, obwohl das Ordnungswidrigkeiten Gesetz (OWiG) schon lange nicht mehr gültig ist. Die Gemeinden planen am Anfang des Jahres Summen in Millionenhöhe ein, die aus Strafzetteln als Vorgabe von uns erbeutet werden müssen! Punkte in Flensburg - illegal. Urteile im Namen des Volkes - welchen Volkes? - werden von Richtern nicht mehr unterschrieben und durchgesetzt, obwohl alle Urteile ohne Unterschrift ungültig sind. Wir haben bis heute keinen Friedensvertrag, sind real noch mit 47 Staaten im Kriegszustand und immer noch ein durch die Alliierten besetztes Land. Alle Rechte liegen unmissverständlich bei den drei Siegermächten und der Besatzungsmacht Frankreich. Durch Steuern, Strafzettel und Abgaben werden wir jeden Tag ausgeplündert. Dabei verstößt nach der Haager Landkriegsordnung (HLKO) die Plünderung eines besiegten Volkes gegen das Völkerrecht und ist Hochverrat. Steuern und Abgaben in immenser Höhe, für die es keine gesetzliche Grundlage gibt, lassen kaum Raum für ein lebenswertes Leben. Von dem verbleibenden Rest wird dann noch die ungültige Mehrwertsteuer fällig. Besser könnte man leben, würde man sich die Abzüge auszahlen lassen. Nicht ein Richter, Staatsanwalt, Notar, Gerichtsvollzieher oder Rechtsanwalt hat die notwendige Genehmigung seitens der amerikanischen Behörden für eine Tätigkeit auf deutschem Boden. Gerade weil Deutschland, mit seinen vielen cleveren Menschen so leistungsstark ist, wird es als Zahlmeister ausgenutzt. Geld für Griechenland, für Spanien und andere Staaten. Dabei hat kein Deutscher selbst Eigentum auf deutschem Boden, er ist nur Besitzer seines Hauses. Im KFZ - Brief steht unter dem Punkt C.4c: „Der Inhaber der Zulassungsbescheinigung wird nicht als Eigentümer des Fahrzeugs ausgewiesen“. In der Kopfzeile des Fahrzeugbriefes (Zulassungsbescheinigung Teil II) steht „Europäische Gemeinschaft“. Diese ist aber seit dem 1. Dez. 2009 aufgelöst. Da staunst Du aber, oder? Wem also gehört also das von Dir bezahlte Auto? Der so genannte Fiskalpakt (ESM) bestimmt, dass wir als leistungsstarkes Land Milliarden bezahlen müssen. Innerhalb von sieben Tagen kann jede beliebige Summe nachgefordert werden. Die Mitglieder des Gouverneursrats, die Mitglieder des Direktoriums und alle Bediensteten des ESM genießen volle Immunität von der Gerichtsbarkeit. Sie können tun und lassen was sie wollen und können niemals gerichtlich belangt werden (Art. 35). Unser Bundestag ist eine Firma und hat die Umsatzsteuernummer DE 122119035. Die BRD ist ein Verwaltungskonstrukt in Form der Firma „Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ mit Sitz in Frankfurt/Main, HRB 51411. Das Stammkapital beträgt 50.000 DEM mit offiziell ungefähren Schulden von derzeit 2.3 Billionen Euro (real 8 Billionen) mit einem Zuwachs von zurzeit € 2076 **pro Sekunde oder auch 124.560 pro Minute** - also - nach geltendem Rechtsverständnis schon Konkurs - oder? Die meisten von uns sind Personal dieser BRD. Dazu reicht ein Blick in den **Personalausweis**. Als Staatsangehörigkeit steht dort DEUTSCH. Doch einen Staat „DEUTSCH“ gibt es nicht. Müsste dort nicht „Bundesrepublik Deutschland“ oder „Deutschland“ stehen? Es hat schon seinen Grund warum dort DEUTSCH steht. Dein Pass hat die Farbe Rot und Rot steht für vorläufig und Feindstaat. Durch einfachste Recherche im Internet kann man sich zum Glück heute und sofort von den

genannten Tatsachen überzeugen. Also, wer und was sind wir, welche rechtliche Situation haben wir in Deutschland?

„Man kann einen Teil des Volkes die ganze Zeit täuschen und das ganze Volk einen Teil der Zeit. Aber man kann nicht das gesamte Volk die ganze Zeit täuschen“
Abraham Lincoln, 16. Präsident der U.S.A.

Jeder von uns ist verantwortlich nicht nur für das, was wir machen, sondern auch verantwortlich dafür, was wir nicht machen. Es wird mal Nein zu sagen.

Wir fassen zusammen: Die BRD ist eine Firma. Die Gesetze sind Firmenrichtlinien. Das Grundgesetz ist die Hausordnung. Die BRD ist nicht Deutschland. Die BRD – Firmen - richtlinien gelten nicht für Deutschland, sondern nur innerhalb der Firma BRD.

Mal darüber nachdenken: Man gibt seine Stimme an der Wahlurne ab und hat damit keine mehr und sie wird sogar in einer Urne beerdigt. So präzise ist die deutsche Sprache. Man könnte auch sagen: Nichtwähler sind Helden.

Seit 25.7.2012 kommt mit der erneuten **Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts** zur Verfassungswidrigkeit des Wahlrechts auf Bundesebene ein neues Argument von entscheidender Bedeutung hinzu: Danach ist davon auszugehen, dass kein einziges Bundesgesetz unter der Geltung des bisherigen Bundeswahlgesetzes in der ursprünglichen Fassung seit dem 07.05.1956 von „dem verfassungsmäßig legitimierten Bundesgesetzgeber“ verabschiedet worden ist. Ein Gesetz, das nicht von dem ordnungsgemäß dazu berufenen Gesetzgeber stammt, kann folglich kein rechtsstaatliches Gesetz mit dem Anspruch auf Gehorsam sein. Die Wirkungen des ergangenen Urteils gehen jedenfalls durch die gesamte Nachkriegsrechtsordnung und sind auf jeden Fall in allen anhängigen Verfahren zu berücksichtigen. Bei der gegebenen Sach- und Rechtslage ist jedes Verfahren jedenfalls vollziehungsmäßig auszusetzen, bis ggf. höchstrichterlich entschieden ist, welche konkreten Konsequenzen der Spruch aus **Karlsruhe vom 25.7.2012 (2 BvF 3/11, 2 BvR 2670/11, 2 BvE 9/11)** hat. Jedenfalls hat der Richterspruch erneut die Nichtigkeit unserer Gesetze bestätigt. Im Zusammenhang mit früheren Entscheidungen, wie etwa dem ähnlich lautenden Entscheid des Bundesverfassungsgericht vom 3. Juli 2008 ist unzweifelhaft festzustellen, dass keine Bundesregierung „verfassungskonform“, also in Einklang mit dem Grundgesetz, zustande gekommen ist. Dies trifft dann auch auf den Bundestag, den Gesetzgeber und die Länderorgane zu nebst dem „Verfassungsgericht“ zu. Es wurde und wird also normativ Verfassungs-, Landes- und Hochverrat betrieben und das über die gesamte Struktur aller öffentlichen Organe von der Polizei bis zum Bundespräsidenten. Dabei ist es unerheblich, ob wissentlich oder in gutem Glauben in dem Heer der Scheinrichter, Scheinrichterinnen an den Scheingerichten gehandelt wird. Mit Urteil des EGMR 75529/01 am 08.06.2006 hat der Europäische Gerichtshof festgestellt, das die BRD kein wirksamer Rechtsstaat sondern ein Verwaltungskonstrukt ist.

Fangen wir mal langsam an:

Die BRD ist seit dem Ende des zweiten Weltkrieges kein souveräner Staat, sondern ein militärisch besetztes Gebiet der Alliierten. Deutschland hat bis heute keinen Friedensvertrag mit den Gegnern des zweiten Weltkrieges geschlossen – weder mit den vier Alliierten, noch mit irgendeinem anderen mit Deutschland im Kriegszustand befindlichen anderen Staat. Die Bundesrepublik Deutschland war zu keinem Zeitpunkt Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, sondern nur ein „besatzungsrechtliches Mittel“ zur Selbstverwaltung eines Teils von Deutschland für eine bestimmte Zeit. Berlin hat seit Ende des Krieges einen besatzungs- und

verfassungsrechtlich „besonderen Status“ und war und ist nie ein Teil der BRD. Das besatzungsrechtliche Provisorium BRD erhielt keine vom Volk in freier Selbstbestimmung gewählte Verfassung, sondern lediglich ein „Grundgesetz für die BRD“, welches ein „Provisorium zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in einem militärisch besetzten Gebiet für eine bestimmte Zeit“ ist („Haager Landkriegsordnung“ von 1907, Art. 43 (RGBl. 1910). Mit der Streichung des Artikels 23 a.F. und damit der Geltungsbereich, ist am 17. Juli 1990 nicht nur das Grundgesetz, sondern die „Bundesrepublik Deutschland“ selbst als provisorisches Staatsgebilde erloschen. Mit dem Erlöschen des „Grundgesetzes für die BRD“ ist die Weimarer Verfassung von 1919 wieder in Kraft. Der Staat „Deutsches Reich“ als Institution des Völkerrechts ist 1945 bei der Kapitulation nicht untergegangen. (Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 2BvF 1/73). Das Hoheits- und Vertretungsrecht über Deutschland kann völkerrechtlich nur von einer Regierung des „Deutschen Reichs“ ausgeübt werden, da das derzeitige „vereinigte“ Deutschland nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs ist, sondern lediglich ein Staatsfragment innerhalb des Deutschen Reichs in den Grenzen vom 31. Dezember 1937.

Inhalt:

- Unser Grundgesetz
- Die Siegermächte
- Die BRD ist ein Verwaltungskonstrukt der Alliierten
- Das Grundgesetz GG für die BRD ist keine Verfassung
- Die BRD wurde aufgelöst
- Der „2 plus 4“ Vertrag wurde niemals ratifiziert
- Das Ordnungswidrigkeitengesetz OWiG ist ungültig
- Die Strafprozessordnung StPO ist ungültig
- Die Zivilprozessordnung ZPO ist ungültig
- Das Gerichtsverfassungsgesetz GVG ist ungültig
- Die Finanzgerichtsordnung FGO ist ungültig
- Es gibt keine Steuerpflicht in der BRD
- Das Umsatzsteuergesetz UStG ist ungültig
- Die Abgabenordnung AO 1977 ist ungültig
- Die Justizbeitreibungsordnung ist ungültig
- Der Bußgeldkatalog ist ungültig

- Eintragungen in das Verkehrszentralregister sind seit 2007 ungültig
- Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte, Notare, Gerichtsvollzieher sind Privatpersonen, haften persönlich und benötigen eine Genehmigung der Militärregierung um auf deutschem Boden tätig zu sein
- Gerichtsvollzieher sind seit dem 1.8.2012 private Personen die auf Provisionsbasis ihr freiberufliches „Gehalt“ beziehen. Sie sind Schadenersatzpflichtig und handeln illegal wie Plünderer und Räuber, GVO vom 01.08.2012
- Polizeibeamte handeln als Privatpersonen und sind persönlich haftend
- Der Gelbe Brief ist illegal und daher nichtig
- Der Vollstreckungsbefehl ohne Unterschrift eines gesetzlichen Richters ist ungültig
- Urteile/Beschlüsse ohne Unterschrift eines gesetzlichen Richters sind ungültig
- Der Bundestag ist eine Firma
- Berlin gehört nicht zur BRD und ist schon gar nicht Hauptstadt der BRD
- Das Saarland gehört nicht zur BRD
- Bundesgesetze sind im Saarland aufgehoben
- Alle in Berlin beschlossenen Gesetze sind nichtig
- Durch den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 25.07.2012 sind alle Gesetze und Regierungen seit 1953 ungültig
- Der Bundestag ist in der Gesamtheit illegal tätig und eine Firma mit eigener Umsatzsteueridentifikationsnummer.

Das Grundgesetz für die BRD:

Während der „2 plus 4“ Verhandlungen am 17.07.1990 in Paris haben die Vertreter der Alliierten dem Außenminister der BRD, Hans Dietrich Genscher, im Beisein der weiteren Außenminister Eduard Schewardnadse, Markus Meckel und Krzysztof Skubiszewski mitgeteilt, dass der Art. 23 a.F. „Grundgesetz“ per 18.07.1990 0:00 Uhr MEZ „gestrichen“ ist. Diese Regelung wurde im „Einigungsvertrag“ dann übernommen, woraufhin das „Grundgesetz“ an sechs Stellen geändert wurde und auch eine neue Präambel bekam. Am 17.07.1990 hatten sich Meckel und Genscher u.a. mit der polnischen Forderung einverstanden erklärt, dass in der zukünftigen Verfassung des vereinten Deutschlands der Hinweis auf die deutsche Einheit nach der Präambel und die Beitrittsmöglichkeit nach Art. 23 a.F. nicht mehr enthalten sein soll. Dies forderte Polen um jegliche Gebietsansprüche Deutschlands auszuschließen. Der so genannte „Einigungsvertrag“ wurde nur von der BRD ratifiziert, aber von keinem einzigen der Siegermächte, weil insbesondere die gemeinsame Verfassung für beide Teile Deutschlands nicht geschaffen wurde. Auch die vorher zugesicherte „volle Souveränität“ durch die Siegermächte wurde nachträglich wieder aufgehoben. Am 25.09.1990

haben die Westalliierten auf Grund der Weigerung der „BRD/DDR“- Politiker, das Faktum der Nichtexistenz der BRD anzuerkennen, ein „Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in Bezug auf Berlin“ zwischen den Westalliierten und der BRD geschlossen und somit wurde folgender Text in Art. 4 dieses Übereinkommens festgelegt (BGBl. II, S. 1274 ff.): „Alle Urteile und Entscheidungen, die von einem durch die alliierten Behörden oder durch eine derselben eingesetzten Gerichtes oder gerichtlichen Gremiums vor Unwirksam werden der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in oder in Bezug auf Berlin erlassen worden sind, bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht rechtskräftig und rechtswirksam und werden von den deutschen Gerichten und Behörden wie Urteile und Entscheidungen deutscher Gerichte und Behörden behandelt.“ Da alle alliierten Entscheidungen in Berlin ergangen sind, betrifft dies auch alle jemals getroffenen Entscheidungen! Damit gehört beispielsweise Berlin noch immer nicht zum Bundesgebiet und kann demzufolge auch nicht die Hauptstadt der BRD sein! Da Berlin exterritorial ist, können dort erlassene Gesetze auf deutschem Boden auch nicht wirksam sein!

In einem Schreiben der Drei Siegermächte (Frankreich ist Besatzungsmacht) vom 8. Juni 1990 wurde noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

wir möchten Ihnen mitteilen, dass die drei Westmächte im Lichte der jüngsten Entwicklungen in Deutschland und in der internationalen Lage bestimmte Aspekte Ihrer Vorbehalte zum Grundgesetz einer erneuten Prüfung unterzogen haben. Die Vorbehalte der drei Westmächte in Bezug auf die Direktwahl der Berliner Vertreter zum Bundestag und das volle Stimmrecht der Vertreter Berlins im Bundestag und im Bundesrat, die insbesondere im Genehmigungsschreiben vom 12. Mai 1949 zum Grundgesetz angesprochen sind, werden hiermit aufgehoben. Die Haltung der Alliierten, „dass die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrecht -erhalten und entwickelt werden, wobei sie berücksichtigen, dass diese Sektoren wie bisher kein Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden, bleibt unverändert.“ (BGBl. Jahrgang 1990 Teil I, S. 1068)

Unglaublich aber dennoch wahr:

Tatsache ist, dass Berlin nie ein Teil der „Bundesrepublik Deutschland“ war, es weiterhin nicht ist und daher auch keinesfalls die Hauptstadt sein kann! Verschiedene Bundesverfassungsgerichtsurteile haben dies ebenfalls bestätigt: BVerfG 2 BvL 6/56 vom 21. Mai 1957, BVerfG 2 BvF 1/73 vom 31. Juli 1973, BGBl. II 1990, S. 1274 u.a. 1994 stimmten Bundestag und Bundesrat dem „Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in Bezug auf Berlin“ vom 25.09.1990 zu. (Vgl. BGBl. II 1994, S. 26, Art. 1, Buchstabe d) Damit gab die BRD endgültig ihren Anspruch auf „volle Souveränität“ auf. Entsprechend Artikel 1 des 2. Bereinigungsgesetzes gilt: Aufhebung des Gesetzes über die Eingliederung des Saarlandes „Das Gesetz über die Eingliederung des Saarlandes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 101-2, veröffentlichten bereinigten Fassung wird aufgehoben“ und in Artikel 2 heißt es: Aufhebung des Gesetzes zur Einführung von Bundesrecht im Saarland (101-3) „Das Gesetz zur Einführung von Bundesrecht im Saarland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 101-3, veröffentlichten bereinigten Fassung wird aufgehoben“. Mit anderen Worten: Das Saarland gehört seit dem 31.12.2007 nicht mehr zur BRD. Weitere Verträge bestätigen die nicht vorhandene Souveränität Deutschlands: „2 plus 4“ Vertrag: Art. 2: „Alle Rechte und Verpflichtungen der alliierten Behörden bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft.“ Art. 4: „Alle Urteile und Entscheidungen der alliierten Behörden bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht rechtswirksam und

rechtskräftig.“ (Bundesgesetzblatt 1990, Teil II, Seite 1274 sowie BGBl. II 1994, S. 40 ff. und BGBl. II, S.1386). Vereinbarung vom 27. und 28.09.1990 zum Vertrag über die Beziehungen der BRD und den Drei Mächten: „Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungs- Maßnahmen der alliierten Behörden begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft.“ (Bundesgesetzblatt 1990 Teil II, Seite 1386 ff., Teil I, Art. 2, Abs. 1). Auch ist völkerrechtlich betrachtet eine „Einigung“ noch lange keine Wiedervereinigung. Danach stellt sich die juristische Frage, ob sich das „Grundgesetz“ noch auf einen in diesem selbst bestimmten räumlichen Geltungsbereich erstreckt. Die Präambel spricht zwar davon, dass das „Grundgesetz“ für „das gesamte Deutsche Volk“ gelten soll. Dies bezeichnet jedoch keinen territorialen Geltungsbereich. Eine Präambel ist ein Vorwort und hat keinerlei gesetzliche Wirkung. Die rechtliche Würdigung für den „schlimmsten Fall“ ergibt, dass die BRD seit dem 18.07.1990 00:00 MEZ komplett abgeschafft wurde und zwar durch einen besatzungshoheitlichen Akt der Siegermächte. Gegen dieses rechtliche Faktum ist bisher noch kein durchschlagendes Gegenargument ersichtlich geworden. Das „Grundgesetz“, das seinerseits ebenfalls nie ratifiziert worden ist und nur durch „faktische Unterwerfung“ eine Art Gewohnheitsrecht in der BRD wurde (vgl. Prof. Dr. Carlo Schmid in seiner Rede im Parlamentarischen Rat vom 8. September 1948), kann aber als „Ersatzverfassung“ nicht auf eine selbst ausdrücklich vorgenommene räumliche Definition seines Geltungsbereichs (wie im alten Art. 23 GG) verzichten. Als ranghöchstes Recht hat es diese grundlegenden Bestimmungen selbst zu treffen!

Dies ist derzeit nicht mehr der Fall und somit ist die vermeintliche BRD nur noch eine nichtstaatliche Organisation.

Damit sind aber alle rechtlichen Grundlagen für laufende Verfahren nach: StPO, ZPO, OWiG, AO 1977 usw. entfallen, so dass sich Entscheidungen hierauf nicht mehr stützen können. Die Verfahren sind daher sämtlich einzustellen, es sei denn, von Seiten des Staates wird eine Legitimation geliefert, die rechtlich zwingend ist. Da auch die gesamte Rechtsprechung in der BRD auf dem Boden des „Grundgesetzes“ und in der „DDR“ auf dem Boden der dortigen Verfassung stand, ist nach dem 18.07.1990 in konsequenter Fortführung des Gedankens zumindest von einem Stillstand der Rechtspflege auszugehen. Auch dies würde eine Einstellung laufender Verfahren rechtfertigen! Es braucht nicht der Frage nachgegangen zu werden, welches Recht bei dieser Sachlage überhaupt gilt. Auf jeden Fall gelten die SHAEF-Gesetze der Besatzungsmächte weiter, die neue und weitere Probleme aufwerfen. Dies wurde durch entsprechende Vereinbarungen nach der „Vereinigung“ mehrfach festgestellt (Bsp.: „Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in Bezug auf Berlin“ vom 25.09.1990 (BGBl. 1990 II S. 1274)). Fazit: Mit der Streichung des Artikel 23 a.F. des „Grundgesetzes“ hörte die BRD auf zu existieren und die handelnden Politiker verloren damit ihre Legitimation. Somit sind alle Verträge, die nach dem Datum der Pariser Konferenz durch unlegitimierte deutsche Politiker abgeschlossen wurden, nach internationalen und Völkerrecht nichtig! Das betrifft beispielsweise auch den „Einigungsvertrag“: Nach internationalem Recht sind Verträge, die gegen Normen des Völkerrechts verstoßen, nichtig (siehe Artikel 53 des „Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge“ vom 23. Mai 1969, von der BRD ratifiziert am 20.08.1987): Artikel 53 – Verträge im Widerspruch zu einer zwingenden Norm des allgemeinen Völkerrechts (ius cogens): Ein Vertrag ist nichtig, wenn er im Zeitpunkt seines Abschlusses im Widerspruch zu einer zwingenden Norm des allgemeinen Völkerrechts steht. Im Sinne dieses Übereinkommens ist eine zwingende Norm des allgemeinen Völkerrechts eine Norm, die von der internationalen Staatengemeinschaft in ihrer Gesamtheit angenommen und anerkannt wird als eine Norm, von der nicht abgewichen werden darf und die nur durch eine spätere Norm des allgemeinen Völkerrechts derselben Rechtsnatur geändert werden kann. Es entspricht internationalen Normen, dass nur